

Vorlage
zu den Sitzungen der nachfolgenden Gremien:

Kreisausschuss	12.05.2020	TOP
Kreistag	28.05.2020	TOP

Kreisweiter Aktionstag "Kommunale Demokratie"

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.02.2020

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, dass der Kreistag beschließen möge, dass der Kreis Kleve einen kreisweiten Aktionstag "Kommunale Demokratie" initiiert, der allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die kommunale Selbstverwaltung, die Organe und Fraktionen vorstellt und in Veranstaltungen und Diskussionen für das kommunale Ehrenamt wirbt. Der Landrat soll die 16 Kommunen des Kreises Kleve als Partner für den Aktionstag gewinnen, damit in allen Kommunen für das kommunale Ehrenamt geworben wird. Der erste kreisweite Aktionstag "Kommunale Demokratie" soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Zweifelsfrei kommt der Kommunalpolitik, die oft als "Grundstein" oder "Schule" der Demokratie bezeichnet wird, eine große Bedeutung zu. In der Kommunalpolitik beginnt die demokratische Mitbestimmung im Staat. Keine andere politische Ebene ist den Bürgerinnen und Bürgern so nah wie die Kommunalpolitik. Bürgerinnen und Bürger können sich in verschiedener Weise in die Kommunalpolitik einbringen, z.B. durch Vereine, Parteien, Bürgerinitiativen oder Bürgerbegehren. Dabei spielt es keine Rolle, ob jung oder alt, zugezogen oder alteingesessen, Mann oder Frau, mit Migrationshintergrund oder ohne etc. Die Bürgerinnen und Bürger können auf diesem Weg aktiv werden und sich für die Berücksichtigung ihrer Interessen einsetzen.

Auch der Gesetzgeber wird aktiv bzw. ist aktiv geworden, um das kommunale Ehrenamt zu stärken, beispielsweise mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Es sind bei der Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aus Sicht der Verwaltung jedoch verschiedene Faktoren zu berücksichtigen.

Grundsätzlich hat der Kreis Kleve die Möglichkeit, neue Aufgaben zu übernehmen, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Über die Übernahme entscheidet der Kreistag (§ 26 Abs. 1 lit. s) KrO NRW). Bei freiwilligen Leistungen wird seitens des Kreises Kleve jedoch eine zurückhaltende Linie verfolgt, insbesondere mit Blick auf die Belastung der kreisangehörigen Kommunen durch die Kreisumlage. Dies gilt sowohl für den Einsatz eigener personeller Ressourcen als auch die Hinzuziehung Dritter sowie Beschaffungen. Mit Bezug auf den vorliegenden Antrag wären dies z.B. die Hinzuziehung von Referentinnen oder Referenten oder die Beschaffung/Fertigung von Literatur zur Aushändigung an die interessierten Bürgerinnen und Bürger. In Betracht käme hier neben der Fertigung eigener Dokumente zur Aushändigung, durch die personelle Ressourcen des Kreises Kleve gebunden würden, die Beschaffung von Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung, wie beispielsweise die Publikation "Bürgerhandbuch" oder "Kommunalpolitik in meiner Stadt".

Die Landeszentrale für politische Bildung hat die Aufgabe demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation zu fördern. "Demokratie leben" ist Motto der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Mit Veranstaltungen, Büchern und digitalen Medien, aber

auch mit Fördermitteln unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung NRW Bürger und Bürgerinnen, demokratische Institutionen, Mahn- und Gedenkstätten bei dem Prozess "Demokratie zu leben". Seit mehr als 70 Jahren stärkt und fördert die Landeszentrale Menschen und Strukturen der demokratisch-politischen Kultur Nordrhein-Westfalens: überparteilich und diskursiv. Die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung stehen auch den Parteien und Fraktionen zur Verfügung und können von diesen verwandt werden.

Einen weiteren Bildungsauftrag im Bereich des politischen Verständnisses und des demokratischen Bewusstseins wird von den Schulen durchgeführt. So weist das Schulministerium NRW darauf hin, dass Schulen zu Podiumsdiskussionen einladen können, um einer interessierten Schülerschaft die Argumente verschiedener Parteienvertreter zu bestimmten politischen Themen vorzustellen. Es dürfen allerdings nicht nur Vertreter einzelner Parteien eingeladen werden, es besteht andererseits auch kein Anspruch jeder politischen Gruppierung auf Einladung.

Die Verwaltung sieht die Durchführung eines kreisweiten Aktionstages "Kommunale Demokratie" auch mit Blick auf die im September anstehenden Kommunalwahlen durchaus kritisch. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung dürfen sich kommunale Organe im Wahlkampf nicht engagieren. Dabei gilt die Neutralitätspflicht auch für diejenigen, die in Vertretung oder im Auftrag der Organe handelnd zeichnen. Besondere Zurückhaltung ist insbesondere im nahen Vorfeld der Kommunalwahl geboten. Es ist davon auszugehen, dass dieser Zeitraum mindestens sechs Wochen vor dem Wahltermin beginnt. Auch die vorstehend angesprochenen Veranstaltungen von Schulen sollten einen gewissen zeitlichen Abstand vor der Wahl einhalten (etwa sechs Wochen) und sich thematisch auf Politikbereiche beziehen, die einen sachlichen Bezug zur Schülerschaft haben.

Die Durchführung eines kreisweiten Aktionstages "Kommunale Demokratie" steht in einem Spannungsverhältnis zur Neutralitätspflicht. Es ist ein schmaler Grat zwischen Zulässigkeit und Verletzung der Neutralitätspflicht, insbesondere mit Blick auf angesprochene Aktionen wie Vorstellung der Fraktionen und auch Podiumsdiskussionen, aber auch spielerischen Rats- und Kreistagssitzungen, besonders dann, wenn "Echtparteien bzw. -fraktionen" und/oder "Echthemen" dargestellt und/oder behandelt werden bzw. sich Kommunalpolitiker beteiligen würden.

Zudem kann die Verwaltung aufgrund der Verbreitung der Corona-Infektion die erforderlichen umfangreichen Planungen und Vorbereitungen, die mit dem Abstimmungs- und Organisationsprozess zur Durchführung eines solchen Aktionstages verbunden wären, aktuell nicht leisten. Es kann auch nicht abgesehen werden, ab wann aufgrund der Corona-Pandemie die Durchführung einer solchen Veranstaltung wieder möglich und auch vertretbar sein wird.

Vor diesen Hintergründen wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Durchführung eines kreisweiten Aktionstages "Kommunale Demokratie" abzulehnen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.02.2020 wird abgelehnt.

Kleve, 28.04.2020

Kreis Kleve
Der Landrat
1.2 - 10 24 26

Spreen